



Gemeinsame Stellungnahme

Thai Studentenverein in Deutschland e.V.

Verband thailändischer Studenten in Frankreich

Verband thailändischer Studenten in der Schweiz

Thailändische Studentenversammlung in Belgien

Stellungnahme bezüglich der politischen Demonstrationen in Thailand

Seit Februar 2020 protestieren verschiedene Gruppierungen von StudentInnen, SchülerInnen und weite Teile der Bevölkerung gegen die Regierung, welche an Druck zugenommen haben. Dieser Druck resultiert in Zwangsmaßnahmen der Regierung eine Versammlung der politische Bewegung „Khana Ratsadon“ (Partei des Volkes), am Freitagabend, dem 16. Oktober 2020, aufzulösen.

Im Hinblick auf die Zwangsauflösung möchten der Thai Studentenverein in Deutschland e.V., der Verband thailändischer Studenten in Frankreich, der Verband thailändischer Studenten in der Schweiz, sowie die Thailändische Studentenversammlung in Belgien – im Folgenden als „wir“ bezeichnet – folgende Stellungnahme geben.

Wir sind der Meinung, dass die von „Khana Ratsadon“ ergriffenen Maßnahmen im Einklang mit den Grundsätzen friedlicher Demonstration und Meinungsfreiheit stehen, welche durch die Verfassung und die internationalen Menschenrechte festgelegt und geschützt sind. Regierungen haben die Verantwortung die genannten Rechte zu gewährleisten. Während es normal ist, dass sich einzelne Meinungen in Demokratien unterscheiden, bewältigt eine reife Gesellschaft solche Unterschiede im Rahmen von humanitären Prinzipien. Wir glauben, dass es nicht die Antwort sein kann, die Stimmen der Opposition zum Schweigen zu bringen. Wir unterstützen auch nicht die Unterdrückung der Meinungsvielfalt durch Angst. Wir glauben, dass diese Vielfalt zu einer besseren Entwicklung und einem besseren Verständnis innerhalb der thailändischen Bevölkerung führen wird

Maßnahmen, welche derzeit von der thailändischen Regierung gegen Demonstranten ergriffen werden, umfassen falsche Anschuldigungen der Gewaltausübung und die Einschüchterung von Jugendlichen und ihren Eltern zu Hause durch Regierungsbeamte. Dies dauert an, bis die Polizei die Demonstrationen am 15. und 16. Oktober niedergeschlagen hat. Diese Niederschlagung wurde durch unverhältnismäßige Gewaltanwendung von Polizeikräften erreicht. Während der nächtlichen

Polizeimaßnahmen wurden mehrere Demonstranten festgenommen. Des Weiteren wurden die öffentlichen Medien bedroht und zum Schweigen gebracht um zu verhindern das Informationen die Gesellschaft erreichen. Solche Maßnahmen sind nicht im Einklang mit einer legitimen Demokratie. Stattdessen verletzen sie die Menschen- und Bürgerrechte der thailändischen Bevölkerung.

Während der Staat die Befugnis behält, in Notsituationen gemäß der Notfallverordnung zur öffentlichen Verwaltung in Notsituationen B.E. 2548, ist die Durchsetzung dieses Gesetzes unter den gegenwärtigen Umständen nicht gerechtfertigt und ungerecht. Dies ist auf das Fehlen von Terrorismus oder die Anwendung von Gewalt zurückzuführen, die in irgendeiner Weise zum Verlust von Leben, Körperverletzung oder Sachschaden führen. Die Machthaber sollten immer daran denken, dass die Nation das Volk ist. Daher haben nationale Sicherheitsmaßnahmen, die der Sicherheit und dem Wohlergehen der Menschen entgegenstehen, keine Legitimität und somit keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Wir rufen daher die Regierung dazu auf:

1. Den aktuellen Ausnahmezustand unmittelbar zu beenden.
2. Einschüchterungen gegen die Bevölkerung einzustellen
3. Freilassung der von der Regierung inhaftierten politischen Gefangenen und Wiederherstellung des Rechts auf Rechtsverteidigung und faire juristische Verfahren.
4. Wiederherstellung des Rechts auf Rede- und Meinungsfreiheit, wie es durch die Verfassung geschützt ist.

Wir leben in einer Zeit des Wandels. Wir glauben, dass ausschließlich eine offene und ehrliche Diskussion uns aus der aktuellen Krise herausführen wird.

Wir hoffen aufrichtig, dass unsere Regierung und Gesellschaft offen sind für „die Stimmen unserer Zeit“ und für alle Stimmen, die sich selbst Gehör verschaffen könnten. Wir streben eine thailändische Gesellschaft an, in der alle Bürger nach dem Gesetz gleich sind.

Thai Studentenverein in Deutschland e.V.
Verband thailändischer Studenten in Frankreich
Verband thailändischer Studenten in der Schweiz
Thailändische Studentenversammlung in Belgien

16. Oktober 2020